

Verantwortlicher:
Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, K. 16, Holbeinstr. 48

Sächsisch-
Vollzeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Cash Nachgabe 12.75 M. Nachgabe 11.95 M
einzeljährlich Postbestellgeld
Drahtnachrichtliche Vollzeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinung der Redaktion: 11 bis 19 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Zeitungsspalte 1.40 M. im Vorauszahl 3.50 M. Familienanzeigen 1.30 M. - Für unbrauchbar gezeichnete, sowie durch
Verantwortliche aufgesetzene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Zweierlei Maß

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter
Berlin, 22. Mai

Entgegen beruhigenden Berichten der Interalliierten Kom-
mission hat die Lage in Oberschlesien noch keine Besserung
erschienen, im Gegenteil. Sie verschlimmert sich von Tag zu Tag.
Von einem energiegelassen Durchgreifen der Entente bezug der unter
dem Oberbefehl des französischen Generals Beronid stehenden
interalliierten Truppen hört man nichts, und was noch bei weitem
schlimmer ist, man sieht vor allem keine praktischen Erfolge.
Korfantus gebärdet sich nach wie vor als unumschränkter
Herrscher des von ihm mit seinen Infanterie- und Kavallerie-
truppen besetzten Gebietes. Die polnische Grenze ist trotz den nach außen hin
so feierlich gegebenen Erklärungen der Warschauer Regierung
nach wie vor für den Zugang der Insurgenten, ja offizieller pol-
nischer Truppenteile wie für Munitionsnachschübe usw. offen.
In dem ganzen durch die Insurgenten besetzten Gebiet herrscht
unabhängiger Terror, Mord und Plünderung an den dort leben-
den Deutschen. Jeder Hilferuf an die Interalliierte Kommission
verhallt ungehört. Korfantus und seine Mäntelbanden haben die
Zügel in der Hand. Aber Korfantus weiß nach allen vorliegen-
den Tatsachen, daß er die mehr oder minder verdeckte Unter-
stützung Frankreichs hat, weiß seinen Rücken gedeckt und seine
Taten im Stillen gebilligt und das genügt ihm. Neuerdings
hat er sich sogar die Hölle an die Verwaltung des von ihm besetzten
Gebietes und die dortigen Verwaltungsbeamten, und nicht
nur über die in öffentlichen Betrieben, sondern sogar über die
in Privatbetrieben. Die Städte, in denen noch eine überwie-
gende deutsche Mehrheit vorherrscht, leiden empfindlich unter der
Zufuhr an Lebensmitteln, und große Not ist hier wie im ganzen
Land unter der Bevölkerung. Das Wirtschaftslieben ist voll-
ständig, nicht nur zum Schaden Oberschlesiens und Deutschlands,
sondern auch zum Schaden der angrenzenden Nachbarstaaten.
Nur eins könnte helfen: Eine endlich einmal energische Sprache
gegen Korfantus, begleitet von einem auch wirklich energiegelassen
Durchgreifen. Aber hieron merkt man nichts. Der angekün-
digte Militärschritt hat nicht stattgefunden und Korfantus denkt nicht
mehr daran, ihn durchzuführen. Es sei denn, daß ihm bin-
dende Versprechungen gemacht werden, daß bis zur Korfantus-
Demission das Gebiet an Polen kommt.

Während so den Insurgenten völlig freie Hand und völlig
freies Spiel gelassen wird, beobachtet man in Paris und War-
schau auf das ängstliche und gewissenhafteste jede Bewegung, die
man von deutscher Seite in Oberschlesien und in Deutschland zur
Hilfe und Rettung der bedrängten Stammesbrüder macht. Es
ist geradezu unerhört, wie Frankreich selbst den Deutschen in
Oberschlesien, die in Notwehr ihr Leben, Hab und Gut vor dem
polnischen Raubgesindel schützen wollen, die Mittel und Waffen
hierzu aus der Hand nimmt, um sie schuldlos den polnischen In-
surgentenbanden auszuliefern. Mit zweierlei Maß wird in
Oberschlesien gemessen, und Polen wie Frankreich gehen darauf
aus, das Deutschland dort nicht nur zu knechten, sondern auch
mandat zu machen und auszurotten. Ja, ihr Plan läuft noch
weiter: man will es schließlich so hinstellen, als ob die Deutschen
in Oberschlesien kein Interesse daran hätten, bei Deutschland zu
bleiben, weil sie sich nicht zur Wehr setzen. England, das
energisch auf die Lösung der ober-schlesischen Frage dringt, wird
von Frankreich hingehalten. Die Konferenz in Boulogne, die
gleich nach der Kammerdebatte, deren Schluß man für den
Sonntagabend 21. Mai erwarten durfte, stattfinden sollte, wird wie-
der hinausgeschoben. Und es wird der Verdacht rege, daß dies
nur geschieht, um den Polen aus wiederum die noch letzten festen
Punkte der Deutschen, die Industriestädte, inzwischens in die Hand
zu liefern. Frankreich hat, darüber besteht kein Zweifel mehr,
Polen Oberschlesien, vor allem das Industriegebiet zugesprochen,
und der jetzige Zustand war, das geht deutlich aus den Ver-
handlungen der italienischen Sozialisten hervor, zwischen Frank-
reich und Polen abgemachte Sache.

Schon im April hatten Vertreter der polnischen Sozialisten-
partei in Rom gewaltiges Material vorgelegt, das die Zuteilung
Oberschlesiens an Polen begründen sollte. Diese sozialistischen
Führer Italiens waren aber dahinter gekommen, daß die pol-
nischen Angaben falsch waren und hatten die Polen abgewiesen.
Bei dieser Gelegenheit hatten die Polen den italienischen Ge-
nossen gegenüber offen erklärt: „Zwischen der polnischen
und der französischen Regierung sei ein Vertrag geschlossen,
wonach Polen, falls Oberschlesien ganz oder
teilweise Deutschland zugesprochen werde, so-
fort das Land mit Gewalt an sich reißen d. h.
militärisch besetzen werde. Frankreich habe sich ver-
pflichtet, sofort im Besten einzumarschieren,
falls Deutschland gegen die gewalttätige Be-
sitzergreifung Oberschlesiens Widerstand
leisten sollte. Da hierdurch ein neuer Krieg entbrennen
müßte, erwarte man von den italienischen Genossen, daß sie
ihren Einfluß geltend machen, um eine Zuteilung Oberschlesiens
an Polen bei ihrer Regierung zu erwirken. Nur in diesem Falle
sei ein Krieg zu vermeiden, denn Polen sei fest entschlossen,
Oberschlesien unter allen Umständen zu annektieren.“ Damit ist
von unparteiischer objektiver Seite bestätigt, was von deutscher
Seite schon immer behauptet ist, nämlich, daß Frankreich und Polen
in offenem Einverständnis miteinander arbeiten. Man kann
nicht genug die Geduld des ober-schlesischen Volkes bewundern, das bei
allem diesem unglücklichen Leide und der Unterdrückung so ruhig
ausdauert, um zu warten, daß die Entente endlich energisch ein-
greift. Diffe bringt und Änderungen schafft. Und da dürfte es
doch schließlich nicht Wunder nehmen, wenn auch die bedrängten
deutschen Schichten Oberschlesiens in der äußersten Not zur
Selbsthilfe greifen. Dies zu verhindern, liegt allein in der
Hand der Entente, und Italien wie England müßten endlich
einmal auch die Tat beweisen, daß sie das zweierlei Maß Frank-
reichs nicht weiter dulden, und daß sie die gerechte, aber auch
energische Sprache Lord Georges endlich in die Tat umsetzen
und dem hartbedrängten ober-schlesischen Volke, für dessen Schutz
und Sicherheit sie ihre Ehre verbürgt haben, helfen. Die Ruhe,
Ordnung und Sicherheit in Oberschlesien ist die Wertschatz für
den Frieden in Europa. Diese Worte Lord Georges können
nicht stark genug unterstrichen werden.

Die Erfüllung der Verpflichtungen

Seidem Deutschland durch die Annahme des Ultimatum
klar zu erkennen gab, daß es die Londoner Beschlüsse der Allii-
erten ausführen will, trifft das neue Reichskabinett Vorkehrun-
gen, um alle eingegangenen Verpflichtungen nach Möglichkeit er-
füllen zu können. Zunächst betreffen einzelne Londoner Be-
schlüsse der Entente solche Fragen, die letzten Endes nur vom
Willen des deutschen Volkes abhängen. Am Vordergrund steht
die Forderung nach völliger Entwaffnung bis auf die
im Versailles Vertrag zugestandenen Formationen, da sie be-
reits in wenigen Tagen durchgeführt sein muß. Wären nur
keine Einwohnerwehren entworfen. Jeder Politiker weiß, daß
dies ein schweres Opfer ist und man sollte es als solches aller-
seits anerkennen, aber es muß im Interesse des Volksganzen ge-
bracht werden. Man darf aber auch diese Forderung nicht über-
schätzen. Die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren be-
deutet, daß letztere ihre Militärwaffen abgeben und sich die Ver-
bände auflösen müssen. Das schließt nicht ein, daß auch lokale
Organisationen, die lediglich zur Aufrechterhaltung von Ruhe
und Ordnung dienen und zu diesem Zwecke unentbehrlich sind,
verboten sind.

Der raschesten Durchführung der Entwaffnung muß die
Gewerkschaften der Kriegsverbrecher folgen. Es
war immerhin ein nicht zu unterschätzendes Verdienst der Regie-
rung Bauer, daß sie entgegen dem Versailles Vertrag durch-
setzte, daß Deutschland selbst die Aburteilung der Kriegsver-
brecher vollziehen darf. Wiewohl hat man nichts von Taten be-
merkt. Man begründete dies damit, daß die Entente nicht ge-
nügen Material zur Aburteilung zur Verfügung gestellt habe.
Es ist aber doch auch nicht nötig, daß jedes Kriegsverbrechen mit
Anlagenmaterial vorlag, was doch der Reichspräsident von aller Welt
gerechtfertigt. Jedenfalls muß man jetzt ohne Verzögerung an
die Erledigung der Prozesse herantreten, damit unser Wille, die
übernommenen Verpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen,
auch vom arglistigen Gegner nicht mehr mit Erfolg angezweifelt
werden kann.

Gedehere Anforderungen, als die Entwaffnungs- und Ab-
urteilungsverpflichtung stellt das Wiedergutmachungs-
problem an unsere Volkskraft. Die Annahme des Ultimatum
bedeutet, daß wir jährlich mindestens drei Milliarden Goldmark
aufbringen müssen. Was wir darüber aufbringen, wird als
Zahlung und Verzinsung der als Rest bestehenden 32 Gold-
milliarden gutgeschrieben. Hier liegt die immer noch bestehende
Gefahr der Anwendung sogenannter Sanktionen, von denen wir
und jenseit noch durch die Ultimatumannahme freigehalten
haben. Soll ein neuer Zusammenstoß auf diesem Gebiete mit
den für uns sehr traurigen Folgen abgewendet werden, für im-
mer unmöglich werden, müssen wir eine Politik auf lange Sicht
treiben. Nach Leistung der geforderten ersten Goldmilliarde
haben wir eine Atempause bis zum 1. November d. J. Es be-
steht wohl kaum noch ein Zweifel, daß diese Milliarde auf-
gebracht werden wird. Wir müssen aber gleichzeitig durch äußerste
Kraftanstrengung zu erreichen suchen, daß wir bis zu dem ge-
nannten Termin 2-3 Goldmilliarden aufbringen. Letztere sollen
den Fonds bilden, der dann angegriffen wird, wenn und jede
Möglichkeit fehlt, fällige Ratenzahlungen zu leisten. Hierzu ist
ein scharfer Eingriff in unser Volkswirtschaften unerlässlich.
Roch haben wir fremde neutrale Wertpapiere, die zu diesem Zwecke
vom Reich aufgerufen und gegen Entschädigung beschlagnahmt
werden müssen. Wenn wir dazu das noch vorhandene Gold,
Silber und Juwelen beschlagnahmen, dürfen wir einige
Hundertgoldmilliarden für das Reich herausheben. Auf diese Weise
sichern wir uns am besten vor neuen Gewaltmaßnahmen der
Gegner, denn wir bekommen so ein volles Jahr Zeit, ehe nach
den Vertragsbestimmungen eine feindliche Aktion erfolgen
kann.

Damit ist bereits die weitere Frage gestreift, ob wir über-
haupt jährlich 3 Goldmilliarden und 25 Prozent Ausfuhrabgabe
leisten können. Niemand wird sie wohl mit einem absoluten „Ja“
beantworten wollen. Trotzdem müssen wir den Versuch machen
und alle Kräfte einsetzen. Bezüglich der Ratenrate von 2 Gold-
milliarden ist es ganz klar, daß wir dieselben nicht durch Er-
höhung der Reichsschulden aufbringen können, indem wir neues
Papiergeld ausgeben, sondern wir müssen dieselben durch
Warenlieferungen abtragen. Dabei ist ein Kampf um die
Warenpreisgestaltung unvermeidlich. Deutschland
hüßte bislang beispielweise ungeheure Werte ein, indem es die
nach dem Abkommen von Spa zu liefernden Kohlenmengen zum
Inlandspreise abgeben mußte. Entweder muß unserer Forde-
rung für die ausgeführte Kohle den Weltmarktpreis zu zahlen,
nachgegeben werden, oder wir müssen, so wenig angenehm ge-
weilte Folgen sein werden, zu einer gewaltigen Erhöhung der
Kohlensteuer schreiten, um auf diese Weise eine bessere Be-
zahlung unserer Kohlen zu erzwingen. Die Lieferung von Kohle
und ähnlichen, sowie von Materialien für den Wieder-
aufbau dürfte dann die Summe von 2 Milliarden Goldmark er-
geben. Wir müßten natürlich die deutschen Lieferanten abfin-
gen, aber das ist eine reine innerpolitische, letzten Endes Steuer-
angelegenheit. Solange die Weltmarktpreise den heutigen
Stand halten, d. h. die Goldmark nur die Hälfte des Vorkriegs-
wertes darstellt, werden wir voraussichtlich die 2 Milliarden
Annuitäten aufbringen können. Weiterhin sollen wir 25 Pro-
zent unserer Ausfuhr in die gesamte Welt als weitere Opfer-
quote leisten. Der deutsche Lieferant wird dieselben tragen
müssen und das Reich muß sie ihm zurückvergüten. Die Frage
ist nur lösbar, wenn gleichzeitig eine großzügig ange-
legte Wirtschaftsorganisation ins Leben gerufen
wird. Es gibt einzelne Zweige der deutschen Industrie, die in
der Lage sind, die Quote zu zahlen, andere werden unter ihr
zusammengebracht. Deshalb muß innerhalb einer großen In-
dustrieorganisation ein Ausgleichsfonds errichtet werden. Um
aber ein solches Riesenproblem sachgemäß zu lösen, sind große
Arbeitsgemeinschaften für die einzelnen Branchen und freie
Selbstverwaltungsgesellschaften nötig, die die Regelung der Ausfuhr-
abgaben und die Aufhebung der Steuer in die Hand nehmen.

Berühmter Ernst der Lage in Oberschlesien

Neue schwere Kämpfe bei Rosenberg

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 23. Mai. Die Verbindung mit den von den Polen
besetzten Städten Oberschlesiens war auch am gestrigen Tage
nicht herzustellen, da die Polen die Telegraphen- und Fern-
spreichleitungen zerstört haben. Am gestrigen Tage wurden jenseits
der Grenze gegenüber Kreuzburg und Rosenberg starke
polnische Truppenkonzentrationen festgestellt. Teilweise haben
auch polnische Truppen die Grenze überschritten und es sind auch
Waffennachschübe erfolgt. In der Gegend von Rosen-
berg kam es gestern zu schweren Kämpfen mit den
Aufständischen. In der Nähe von Bogolin wurden grau-
haft zugeworfene Leichen deutscher Arbeiter
aufgefunden. Die Engländer und Italiener erwarten die
Rettung Oberschlesiens von den Freikorps. Die Bevölkerung ist
infolge des Berliner Gelasses gegen Selbstmord in Panik ge-
raten, doch die Freikorps werden sich nicht entwaffnen lassen.
Großes Mißtrauen herrscht gegen die Pso, obwohl ihre meisten
Mitglieder hier deutsch sind. Das Verhältnis der Freikorps zur
Pso ist ein sehr schlechtes. Bei ihrem Rückzug vertrieben die
Polen Männer, Frauen und Kinder aus den Dörfern. Einige
sind von den Heimkehrern zurückgekehrt. Die Freikorps haben
sich von Annaberg bis Lechnitz eingegraben. Das Verlangen
der Franzosen auf Entwaffnung der Freikorps ist von den Eng-
ländern und Italienern abgelehnt worden. Große Be-
geisterung herrscht bei dem täglichen Heimkehrerstrom, aber
er ist immer noch nicht stark genug. Die Bevölkerung forst rühmend
für die Truppen. Die Teilnehmer und Deutschpolen kämp-
fen Schütze an Schütze mit den Deutschen. Die Grenze gegen
Tschetschen ist durch die Pso gesichert. Der deutsche Posthof bei
Nalibor ist geplündert.

Die französische Parteinehmer

Doppel, 22. Mai. Infolge der Zerstörung der Telegraphen-
und Fernspreichleitungen durch die Insurgenten ist die Nachrich-
tenübermittlung aus den großen Industriezentren des Zentral-
europas, soweit sie noch nicht von den Aufständischen besetzt sind,
unmöglich gemacht worden. Heute gelang es dem deutschen
Wirtschaftskommissar Dr. Urbanek, Doppel zu erreichen. Der deutsche
Wirtschaftskommissar erbat die Interalliierten Kommission einen
eingehenden Bericht, der den ungeheuren Ernst der Lage
milderlegt. Die belagerten Städte sind auf schlimmste bedroht.
Es besteht die Gefahr, daß der Stadt Dömitz seit dem 20. Mai abends
6 Uhr durch die polnischen Aufständischen die Versorgung mit
Wasser und Licht unmöglich gemacht worden ist. Nach den
eingelassenen Berichten über den Fortschritt der Polen bei Annaberg
ist einwandfrei festgestellt worden, daß der größte Teil der Insurrek-
tion über die polnische Grenze gekommen ist. Die deutschen
Verteilungsmühen vorerst zurücknehmen, es gelang aber
später, den Ort von den polnischen Eindringlingen wieder zu
säubern, die wieder über die Grenze zurückzogen. Die polnischen
Militärkommissionen an der Grenze haben die Angelegenheit un-
bedingt durchgelassen und haben ebenso auch die Zurückweichenden
an der Überlieferung der Grenze nicht gehindert. Die auf ober-
schlesischem Boden festgenommenen Insurgenten haben übereinstimmend
ausgesagt, daß sie im Lager Protoschin bei Polen zur Teilnahme an
ober-schlesischen Kampf ausgebildet worden seien. Die Ausbildung
sei von einem französischen Rator geleitet worden. Nach
erfolgreichen Vorhaben der Insurgenten in der Gegend von Rawitz
wurden diese heute gezwungen, mehrere von ihnen dorthin befeh-
ligte Orte zu räumen. Die Aufständischen wurden einige Geschütze,
mehrere Maschinengewehre und andere Waffen zurückgelassen.

Gegen die Bildung von Freikorps

Berlin, 22. Mai. Das Auswärtige Amt hat auf die Note
der Interalliierten Wirtschaftskommission vom 11. Mai über
die Rekrutierungen für Oberschlesien eine Antwort
erteilt, in der es heißt:

Die deutsche Regierung teilt vollkommen die in ihrer Note
vom 11. Mai ausgesprochene Auffassung, daß die Anwer-
bung von Freiwilligen für Selbstschutz und die Bildung
von Freikorps oder ähnlichen Formationen aus solchen unzu-
lässig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Aussicht
gestellten Aufmarsch erlassen, indem sie die notwendigen Verfügungen
ganz entschieden entgegenzusetzen ist. Schon vorher hatte der
Reichswehrminister die zuständigen militärischen Stellen nach-
drücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligen-
formationen mit allen Mitteln zu hindern sein, um das Wieder-
entstehen des Freikorpsunwesens im Reine zu unterdrücken.
Den in diesen Ausdrücken ausgesprochenen Grundbitten ent-
sprechend, werden die deutschen Behörden mit größter Strenge
gegen solche Anwerbungen und Zusammenfassungen vorgehen.

Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von
den angezogenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches un-
nötig Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen
Rekrutierungen, in denen Werbeschriften erscheinen. In
Fällen, in denen sich unzulässigerweise angeworbene Freiwillige
bereits zu Freikorps zusammengeschlossen haben sollten, wird
deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Im den
Zugang von Freiwilligen zu solchen Armeen nach Oberschlesien
zu verhindern, sind Maßnahmen im Gange, durch die die Grenze
des Abstimmungsgebietes für sie gesperrt werden soll.

Paris, 22. Mai. Nach einer Davaanmeldung hat der fran-
zösische Votschafter in London gestern Abend im Aus-
wärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht, die an-
geht die Haltung der deutschen Korps, die fortgesetzt Ver-
stärkungen erhalten, und angeht die Stimmung der Arbeiter, die
in Volkseinstimmung umschlagen könne, vorschlag, der englische
Votschafter in Berlin, Lord D'Abernon, möge
den Schritt des französischen Votschafters unterstützen, um
im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vor-
stellig zu werden, damit sie die angekündigten Maßnahmen aus-
führe.

Seite 10
5. Juni
en
insel
kat
cker
holt!
offe
Anzeige,
verkaufen,
spreisen,
om breite
lot blau,
t. 65 M.,
Farben,
andere zu
reisen.
18 Erdg
indlicher
sendung.
vrouau,
ndbox,
eder,
erleder
in Lahn
orenz,
603.
opie
115 mit
nial) von
ben. 9,
30. II.
schloß (24
24 St.
e. Measer,
oll u. bill.
niferal nur
er Str. 22.
mlung
b. H.
921
- Allee 1. f.
rerer.
mlung
e. V.
921
- Allee 1. f.
nd.
tender.
riakoroll
ntr. 14.
hlen
billigen
chulmacher
0 Mk.
- Bahnkolln
ando jedoch
nkölln